

Im Vergleich zur BRD ist die **Nachkriegszeit der DDR** geprägt durch eine gehemmte wirtschaftliche Entwicklung und schlechtere Lebensbedingungen. Aus **Unzufriedenheit mit den Lebensumständen** und dem politischen System sind seit der Gründung der sozialistischen DDR (1949) bereits mehr als 2,5 Millionen Menschen in den Westen umgesiedelt. Um die Ausreise weiterer Menschen zu verhindern, ist die **innerdeutsche Grenze inzwischen streng bewacht und kaum durchlässig**.

Jetzt greift die DDR-Führung zu einem noch drastischeren Schritt: der **Bau einer Grenzmauer** rund um den Westteil Berlins sowie an der innerdeutschen Grenze. Innerhalb von 3 Jahren entsteht nach und nach die **Berliner Mauer samt sog. Todesstreifen**. Die unbefugte Überquerung der deutsch-deutschen Grenze in Richtung BRD wird lebensgefährlich.

Der **Kalte Krieg** zwischen Ost und West erreicht einen neuen Höhepunkt – Deutschland liegt mittendrin.

Der **Kalte Krieg** zwischen den Westmächten und dem sog. Ostblock dauert inzwischen seit fast 40 Jahren an.

In der Sowjetunion wird mit **Michail Gorbatschow** ein Kritiker der korrupten und veralteten politischen Strukturen des Landes Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und der mächtigste Mann im Land.

Gorbatschow will die bestehenden **Strukturen modernisieren**. Dies soll die **Transparenz, Kritik und Selbstkritik** an den bestehenden Zuständen ermöglichen.

Gorbatschow ermutigt auch die Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts, zu dem auch die DDR gehört, eigene **Reformen auf den Weg zu bringen** und betont deren **Selbstständigkeit**.

Der durch Gorbatschow eingeleitete **Öffnungsprozess** schreitet in vielen sozialistischen Ländern Osteuropas seit nunmehr 4 Jahren weiter voran.

Da bekommt mit dem **Abbau der ungarischen Grenzanlagen zu Österreich** der sog. Eisener Vorhang, also die mitten durch Europa führende Grenze zwischen Ost und West, erste Löcher.

Obwohl die Grenze weiterhin überwacht bleibt, **verbreitet sich in der DDR das Gerücht, dass die österreichisch-ungarische Grenze passierbar sei**.

Dies verursacht im Frühjahr 1989 einen **Zustrom an Ausreisewilligen in Ungarn**.

Im Laufe des Sommers nimmt die Zahl der DDR-Bürger*innen, die in weiteren Ostblockstaaten in westdeutsche Botschaften fliehen, drastisch zu. Sie wollen so eine **Ausreise nach Westdeutschland erzwingen**.

Schon seit einigen Jahren gibt es die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die Mitte der 1980er entstanden ist.

Nun werden weitere **oppositionelle Bewegungen** in der DDR immer stärker.

Im September 1989 veröffentlicht das **„Neue Forum“** den Aufruf „Die Zeit ist reif – Aufbruch 89“.

Kurz danach formieren sich aus den eher kirchlichen Kreisen die Gruppen des „Demokratischen Aufbruchs“ sowie „Demokratie Jetzt“.

Trotz inhaltlicher Differenzen arbeiten diese Gruppen zusammen und formulieren einen gemeinsamen **Aufruf zu freien Wahlen, allgemeinen Bürgerrechten und einer Verfassungsreform** in der DDR.



Zu den Feierlichkeiten zum **40. Jahrestag der DDR** mit Paraden und Fackelzug sowie Festakt im Berliner Palast der Republik ist im Herbst 1989 auch der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow eingeladen.

Die Feierlichkeiten werden von **öffentlichen Demonstrationen und Aktivitäten der Oppositionsbewegungen** begleitet.

Doch der Staatssicherheitsdienst der DDR (kurz Stasi) ist auf Protest vorbereitet und lässt gegen kritische Demonstrant*innen mit Festnahmen und Räumfahrzeugen vorgehen.

In einigen ostdeutschen Städten kommt es **von Seiten der Polizei zu Angriffen auf Demonstrant*innen**.

Wenige Tage nach den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR **demonstrieren etwa 70.000 Menschen in der Leipziger Innenstadt**.

Zum ersten Mal unternehmen die Staatspolizei und Stasi keinen Versuch, diese sog. **Montagsdemonstration** aufzulösen. Die Demonstration kann **friedlich** ablaufen.

Am darauffolgenden Montag sind es bereits 150.000 Menschen in Leipzig.

Die Bilder gehen um die Welt und **kündigen das Ende der DDR an**.

In Berlin überlegt sich eine Gruppe von Theaterleuten, eine **Demonstration** nicht nur durchzuführen, sondern sogar offiziell **anzumelden**.

Vollkommen überraschend genehmigt die Staatsführung diese, in der Hoffnung die Demonstration für ihre eigenen Zwecke nutzen zu können.

In der Folge versammeln sich auf dem Ostberliner Alexanderplatz Anfang November 1989 ca. **500.000 Menschen zur größten systemkritischen Demonstration in der DDR-Geschichte**.

Viele bekannte Künstler*innen sprechen vor dem Publikum, Parteifunktionäre werden ausgebuht.

Die gesamte Demonstration verläuft **friedlich**.

In einer **Pressekonferenz** gibt Günter Schabowski, Mitglied des Zentralkomitees und Sekretär für Information, bekannt, **dass die DDR ihre Grenzen öffnen möchte und allen DDR-Bürger*innen Reisefreiheit genehmigt**.

Entgegen der eigentlichen Absicht verkündet Schabowski, dass dies **„ab sofort, unverzüglich“** in Kraft treten werde.

Daraufhin setzt ein **Massenansturm an den Grenzübergängen** in Berlin und der innerdeutschen Grenze ein. Die Grenzsoldaten haben jedoch keine offizielle Weisung erhalten, wie sie mit den Menschen verfahren sollen.

Trotzdem öffnen Grenzsoldaten an einigen Grenzübergängen schließlich die Grenze zwischen Ost- und Westberlin sowie an anderen Stellen der innerdeutschen Grenze.

Das Ereignis wird als **Mauerfall** in die Geschichte eingehen.



Der Mauerfall beschleunigt den **Machtverlust der DDR-Führung**.

Sie zeigt sich daraufhin bereit, mit der Opposition an einem sog. **Runden Tisch** über demokratische Reformen zu sprechen.

So treffen zum ersten Mal Vertreter*innen von sieben oppositionellen Gruppen mit Vertreter*innen der SED und der inzwischen aufgelösten vier Blockparteien aufeinander.

Nach langen Gesprächen steht fest: **die Macht in der DDR soll geteilt werden**. Damit ist eine Forderung der neuen Parteien und Oppositionsgruppen erfüllt.

Die **Friedliche Revolution** erreicht im Dezember 1989 eine neue Stufe.

Am Runden Tisch wird unter anderem der **Umgang mit dem Volkseigentum der DDR** diskutiert. Bisher hat die DDR eine **Planwirtschaft**, in der Grundbesitz verstaatlicht ist und es so gut wie kein Privateigentum gibt. Nun soll ein Weg in eine **soziale Marktwirtschaft** gefunden werden, in der Eigentum privat ist.

Es entsteht die **Idee einer zentralen Stelle**, die allen DDR-Bürger*innen Anteilsrechte am Volkseigentum der DDR sichern soll.

Kurz vor den ersten freien Volkskammerwahlen beschließt der DDR-Ministerrat, alle Kombinate und volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften umzuwandeln und eine **„Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung von Volkseigentum“** einzurichten. Dies ist der Beginn der **Treuhandanstalt**.

Bildverweis: Robert-Havemann-Gesellschaft/Rolf Walter/RHG_Fo_RDA_02423

Für die anstehenden **Volkskammerwahlen** schließen sich das Neue Forum, Initiative Frieden und Menschenrechte sowie Demokratie Jetzt zum „Bündnis 90“ zusammen. Der Demokratische Aufbruch bildet mit der CDU-Ost und der Deutschen Sozialen Union die **„Allianz für Deutschland“**.

Die von der West-CDU unterstützte „Allianz für Deutschland“ gewinnt die Wahl mit 48% der Stimmen, u.a. weil sie eine **baldige Wiedervereinigung** in Aussicht stellt. Mit 21,9 % folgt die im Oktober 1989 gegründete SPD in der DDR. Drittstärkste Fraktion wird mit 16,4% die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS), wie sich die Staatspartei SED nun nennt. Für die Bürgerrechtsbewegung „Bündnis 90“ ist die Wahl eine Enttäuschung. Sie ist nur mit 2,9% (8 Personen) ins Parlament gewählt worden.

Nachdem sich die Parteien in der DDR auf die Bildung einer Großen Koalition geeinigt haben, wählen die Volkskammer-Abgeordneten **Lothar de Maizière zum letzten Ministerpräsidenten der DDR**.

Auch nach dem Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ im März 1990 lassen die Rufe nach einer zügigen Währungsunion zwischen der BRD und der DDR nicht nach. Als am 1. Juli 1990 die **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** in Kraft tritt, ist es **nur knapp drei Monate nach der Volkskammerwahl soweit: Die D-Mark kommt in die DDR**. Gleichzeitig werden die Wirtschafts- und Sozialsysteme der beiden deutschen Staaten zusammengeführt.

In seiner Ansprache verspricht Helmut Kohl **„blühende Landschaften“** für die ostdeutschen Regionen. Doch die Realität sieht anders aus: die „Schocktherapie“ der Währungsunion bringt die meisten ineffizienten DDR-Unternehmen zum Zusammenbruch. Hinzu kommt der sowieso **desolate Zustand der ostdeutschen Wirtschaft** verbunden mit einer geringen Produktivität, massiven Schulden und Umweltschäden. Auch die Frage nach dem Privateigentum der Ostdeutschen ist zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichend geklärt.

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

154150

Beschluß des Ministerrates

16 / 7 / 90

vom 1. März 1990

Betrifft, Beschluß zur Gründung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums und Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften

Der beiliegende Beschluß wurde bestätigt.

gez. H. Hodrow



Nach dem Inkrafttreten der Wirtschaft- und Währungsunion wächst die vor wenigen Monaten gegründete **Treuhandanstalt** stetig.

Innerhalb kürzester Zeit werden der Treuhandanstalt 7.894 Volkseigene Betriebe mit insgesamt vier Millionen Beschäftigten übertragen.

Die **Treuhandanstalt ist damit die wichtigste Institution bei der wirtschaftlichen Transformation** der DDR.

Anders als ursprünglich seitens der Opposition angedacht, vergibt die Treuhandanstalt aber keine individuellen Anteilsscheine am Volkseigentum für alle DDR-Bürger*innen.

Stattdessen ist die **Aufgabe der Treuhandanstalt** nun, die **Auflösung bzw. Privatisierung des DDR-Staatseigentums und der Staatsbetriebe** zu regeln, ohne dass die DDR-Bürger*innen daran Anteil haben können.

In den sog. **Zwei-plus-Vier-Verhandlungen** zwischen den vier Siegermächten des 2. Weltkrieges (Großbritannien, USA, Frankreich und Sowjetunion) sowie der BRD und DDR werden die **Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands** außenpolitisch verhandelt.

Nach einer abschließenden **Einigung im September 1990** ist der Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes beschlossen.

Die **offizielle Vereinigung der DDR und der BRD** wird Anfang Oktober 1990 in einem feierlichen Festakt zelebriert.

Als „**Kanzler der Einheit**“ wird Helmut Kohl und die Regierungskoalition aus CDU und FDP nur einige Monate später in der ersten deutsch-deutschen Bundestagswahl in ihrer Regierungsarbeit wiedergewählt.

Knapp sechs Monate nach der Deutschen Vereinigung wird **Detlev Rohwedder, Präsident der Treuhandanstalt**, von Linksterrorist*innen ermordet. Zu diesem Zeitpunkt ist die **Treuhandanstalt** bereits zum **zentralen Symbol von zahllosen Betriebsschließungen und steigender Arbeitslosigkeit** in den fünf ostdeutschen Bundesländern geworden. Birgit Breuel wird neue Präsidentin der Treuhand und kündigt einen **härteren und schnelleren Kurs bei den Privatisierungen** an.

Waren 1990 nur einzelne Privatisierungen Teil der medialen Aufmerksamkeit, wird nun die **Masse der Schließungsfälle und Übernahmen von Unternehmen** unübersichtlich. Es wird auch immer deutlicher: Auch wenn 1990 der Gesamtwert des zu privatisierenden Volkseigentums noch auf etwa 600 Milliarden DM geschätzt wurde, erweist sich der **Privatisierungsprozess als teures Unterfangen**, denn es müssen bei den Verkäufen Altschulden beglichen und Umweltschäden beseitigt werden.

Im Jahr drei der Deutschen Einheit kommt es zu einem Eklat im thüringischen **Bischofferode**: Die Treuhandanstalt plant, das dortigen **Kali-Bergwerk zu schließen** bzw. mit einem westdeutschen Konzern zu fusionieren. Aus **Protest** tritt eine Gruppe von Bergleuten in den **Hungerstreik**.

Aus Sicht der Bergleute ist das Bergwerk noch rentabel und eine Schließung nicht notwendig. Trotzdem soll es nach der Fusionierung mit einem westdeutschen Konzern stillgelegt werden, die Bergleute sollen entlassen werden.

Der ursprünglich regionale Konflikt erregt **bundesweit Aufmerksamkeit** und wird zu einem **Medienereignis**. Ein **Hauptvorwurf** der Streikenden: Die Treuhandanstalt geht bei ihren Privatisierungsmaßnahmen nicht ausreichend **auf ostdeutsche Interessen und die Bedürfnisse der betroffenen Arbeiter*innen** und Angestellten ein. Einzig die Interessen westdeutscher Unternehmen würden berücksichtigt.



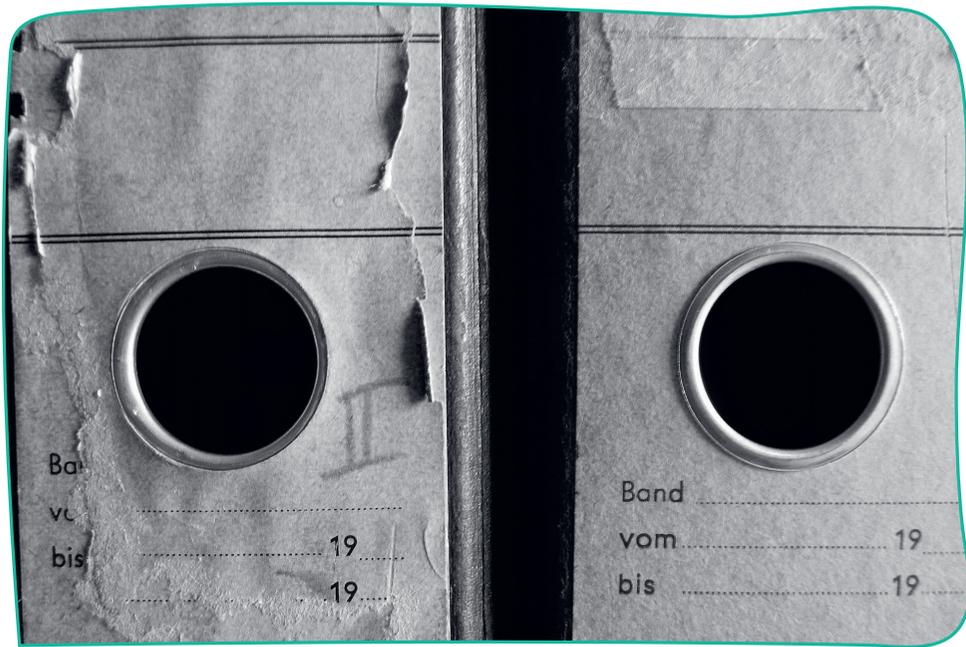
Die **Treuhandanstalt wird aufgelöst** und in eine dem Bundesfinanzministerium unterstellte Nachfolge-Behörde namens Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) umgewandelt. Die **Transformation der DDR-Wirtschaft in eine Marktwirtschaft** gilt vier Jahre nach der Vereinigung offiziell als **abgeschlossen**.

Doch die **Bilanz der Treuhandanstalt** ist **umstritten**. Zum einen ist ein Großteil der DDR-Wirtschaft 1990 in **marodem Zustand** und international **nicht konkurrenzfähig**. Die daraus folgende Überführung der DDR-Planspielwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft wird deshalb oft als alternativlos bezeichnet.

Doch insbesondere die **hohen Arbeitslosenzahlen** in den ostdeutschen Ländern und die finanziellen **Kosten der Treuhand** stehen in der Kritik. So stehen den Erlösen aus den Privatisierungsmaßnahmen bis Ende 1994 in Höhe von rund 60 Milliarden DM schließlich Ausgaben von weit über 300 Milliarden DM gegenüber, die durch die Deckung der Altschulden und Behebung von Umweltschäden entstanden sind.

Seit 2007 übernimmt das **Bundearchiv** die **Akten der Treuhandanstalt** und deren Folgegesellschaft (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben – BvS). Würde man alle Akten nebeneinander aufstellen, wäre die Strecke länger als ein Marathon – ungefähr **45 Kilometer**.

Ziel der beteiligten Archivar*innen ist, **alle relevanten Akten zu sichern, archivarisch nutzbar zu machen und besonders wichtige Akten zügig zu digitalisieren**. Es wird erwartet, dass am Ende ca. 12 km (rund 170.000 Akten) als Archivgut bewahrt werden. Das Projekt soll Ende 2022 abgeschlossen sein – **also 28 Jahre nach der Auflösung der Treuhandanstalt im Jahre 1994**.



Was geschah mit den der Treuhand unterstellten Unternehmen?

Portfolio der Treuhandanstalt zum 31.12.1994

